

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., Redaktions: Am Spandhaus 6 — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Regelabdruck: Die 8-spaltige Zeile 150 Mk. von auswärts 2.— Mk. Werbeblätter u. Wohnungsanzeigen nach br. Tarif, die 3-spaltige Anklamzeile 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Beibehaltung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postkontos Danzig 2948. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3750.

Nr. 170

Sonnabend, den 23. Juli 1921

12. Jahrgang

Der Verzweiflungsschritt der Sowjetregierung.

Maxim Gorki kommt nach Berlin.

Berlin, 22. Juli. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist der Hüter Max Gorki um Vinderung der Not der von Hungernot heimgesuchten Gebiete Russlands im Einverständnis mit der russischen Sowjetregierung erfolgt. Gorki wird in der nächsten Zeit im Auftrag der russischen Regierung in Berlin eintreffen. Für die Beteiligung Deutschlands an einer internationalen Hilfsaktion kommt die Organisation des Roten Kreuzes in Frage. Es könne sich allerdings nur um die Bereitstellung von Medikamenten und ärztlicher Hilfe handeln. Irgendeine Unterstützung durch Lebensmittel kommt bei der Ernährungslage Deutschlands selbstverständlich nicht in Frage. Unter der notleidenden russischen Bevölkerung befindet sich ein großer Teil Deutscher, die sich besonders längs der Wolga angeliebt haben. Verhart Hauptmann wird den Hüter Max Gorki beantworten.

Berlin, 22. Juli. Zur Vinderung der durch die drohende Misere stark verschärften Notlage des russischen Volkes sind, wie in anderen Ländern auch in Deutschland Bestrebungen im Gange, um eine schnelle und großzügige Hilfsaktion zu veranstalten. Auch die Reichsregierung wird der Aktion jede mögliche Unterstützung und Förderung gewähren.

Das Ziel der französischen Verschleppungspolitik in der oberschlesischen Frage.

Frankreich braucht einen Vorwand für die Besetzung des Ruhrgebietes.

London, 22. Juli. Im „Daily Chronicle“ schreibt ein diplomatischer Korrespondent: Gestern nachmittag hat der französische Botschafter Lord Curzon die Antwort der französischen Regierung übermittelt. Danach ist Ministerpräsident Briand nicht geneigt, einer Zusammenkunft des Obersten Rates am 28. Juli zuzustimmen. Er verlangt anstatt dessen die Entsendung weiterer britischer Truppen nach Oberschlesien. Ferner ersuchte er um die Zustimmung der britischen Regierung, zur Entsendung einer neuen französischen Division. Inzwischen wird berichtet, daß eine französische Division eilfertig nach Oberschlesien geschickt wird, ohne auf die britische Antwort zu warten. Auch die Ankunft weiterer französischer Truppen ist kaum geeignet, die Luft zu klären, sondern dazu, die Polen zu weiteren Angriffen auf die Deutschen anzureizen. Wenn dies geschehen sollte, so würde naturgemäß die Bevölkerung Widerstand leisten, und das ganze Land müde wieder unter Waffen stehen. Ein neuer Grund zur Beschwerde gegen Deutschland würde von den Franzosen gefunden sein, und wahrscheinlich würde die Forderung erhoben werden, daß zur Strafe das Ruhrgebiet besetzt werden solle. Der französische Ministerpräsident schlägt, wie verlautet, ein Datum im August vor, aber dies ist eine verhältnismäßig laiche Frist. Die britische Antwort auf Paris wird, wie wir erfahren, diese Auffassung hervorheben und, ohne endgültig die Entsendung von Truppen zu verweigern, noch einmal erklaren, daß eine Zusammenkunft des Obersten Rates sobald wie möglich abgehalten werde.

Berlin, 22. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ erfährt von privater Seite aus Opatowitz, daß General Le Rond in der Nacht zum Freitag Oberschlesien verlassen und sich über Prag nach Paris begeben habe.

London, 22. Juli. (Reuter.) Der britische Kommissar in Oberschlesien betont in Berichten aus Opatowitz von neuem die Notwendigkeit einer schnellen Regelung der oberschlesischen Frage in Übereinstimmung mit dem Vorschlag der internationalen Plebiszittkommission. Man ist der Ansicht, daß es nicht notwendig sei, Truppen aller drei Alliierten hinzuschicken, wenn eine rasche Entscheidung durch den Obersten Rat zu erreichen wäre. Man hält an dem Glauben fest, daß die französische Regierung bei der Lösung der oberschlesischen Frage mit den Alliierten zusammenwirken werde. Eine Meinungsverschiedenheit besteht nur für die Art und Weise des Verfahrens.

Die Organisation der Reparationslieferungen.

Berlin, 22. Juli. Der beim Reichsministerium für Wiederaufbau bestehende Beirat für Reparationsfragen trat heute unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Rathenau zusammen. Die Tagung wurde durch längere vertrauliche Ausführungen des Reichsministers eingeleitet. Er schilderte den Gang und derzeitigen Stand der Verhandlungen über die Finanzierung der Reparationslieferungen und ihre Bewertung und erläuterte die Ziele, die durch die Verordnung betreffend die Aufbringung von Warenlieferungen für den Wiederaufbau verfolgt werden. Soweit die Bestellungen zu

Reparationszwecken nicht auf dem Wege der freien Vereinbarung zwischen Bestellern und Lieferanten unmittelbar erfolgen, werden Leistungsverbände in Tätigkeit treten. Ihre Aufgabe wird es sein, die Lieferungen, deren Umfang sich übrigens erst nach Abschluß der schwebenden Verhandlungen überblicken lassen wird, unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Bänder und Landestelle sowie der Berufsgruppen aufzubringen. Ein Zusammenschluß der Leistungsverbände soll auf dem Wege der Selbstverwaltung die Entgegennahme, Aufstellung und Durchführung der Aufträge sichern. In der Aussprache trat der Minister mit Entschiedenheit dem allseitig geäußerten Wunsche bei, zu verhindern, daß unberechtigte Reparationsgewinne erzielt würden. Der Minister schloß mit Worten des Dankes und mit der Bitte an den Beirat, den Wiederaufbauarbeiten auch weiterhin beratend zur Seite zu stehen.

London, 22. Juli. Im Unterhause wurde mit 146 gegen 28 Stimmen ein Antrag abgelehnt, das Gesetz über die Einziehung der deutschen Reparationen bis auf weiteres aufzuheben, falls es seiner Zweck verfehlt und eine Belastung des englischen Handels darstellt. Sir Robert Horne erklärte, das Gesetz habe vollen Erfolg gehabt. Die eingegangenen Gelder betragen in den ersten drei Wochen im Juli 114 000 Pfund Sterling gegen 69 500 im Juni, 22 000 im Mai und 5800 im April.

Die gewaltsame Polonisierung Oberschlesiens.

Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ nehmen die Ausschreitungen der Insurgenten in Oberschlesien immer weitere Ausdehnung an. In Gleiwitz wurde gestern der Stadtrat Peterdorf von Insurgenten lebhaft beschossen. Im Labandter Walde treiben sich bewaffnete Insurgenten in Scharen herum. In Bipine wird eine Bureaugeliffin des deutschen Plebiszittkommissariats vermißt. Man vermutet, daß sie von den Insurgenten beseitigt worden ist. In Larnowik verhafteten Engländer bewaffnete Insurgenten, die eine 65 jährige Frau überfallen und beraubt hatten. Auch in Mieschowitz haben sich starke Insurgentenbanden gezeigt. Unter dem Druck des dauernden Terrors in Loßlau hat eine allgemeine Flucht der Deutschen eingesetzt. Infolge der Abwanderung der Deutschen sind viele Häuser an die Polen verkauft worden.

Königshütte, 21. Juli. In der Umgegend von Königshütte wird neuerdings die Beobachtung gemacht, daß die Polen jetzt systematisch auch diejenigen Leute terrorisieren, welche sie während des Aufstandes verschont hatten.

Hindenburg, 21. Juli. In Bistupitz fand vorgestern wieder eine größere Schießerei statt. Dabei gab es einen Toten. Später hielten Insurgenten die Kleinbahn an und nahmen allen Inhabern von grünen Legitimationstagen, d. h. in Oberschlesien anässigen, aber nicht dort geborenen Personen, die Karten ab und zerrissen sie.

Wird es ein Görlicher Programm geben?

Wie die „Sozialistische Korrespondenz“ mitteilt, würde es schwerlich gut sein, daß der Parteitag in Görlich Hals über Kopf über das sozialdemokratische Parteiprogramm endgültig beschließen würde. Die Korrespondenz empfiehlt, den Organisationen ein Jahr Zeit zu lassen, um sich eingehend mit dem Entwurf des Programms und seiner Kritik zu befassen.

Judenverfolgungen in Weißrußland.

Kowno, 18. Juli. Die hier im Exil befindliche weißruthenische Volksregierung erteilt einen Aufruf gegen die Judenpogrome in den von Polen und Bolschewisten besetzten Teilen Weißrutheniens. Es heißt darin: Viele Jahrhunderte lang leben und arbeiten in unserm weißruthenischen Lande Schulter an Schulter mit uns unsere jüdischen Mitbürger. Kultur und Wohlstand unseres Landes sind durch gemeinsame Arbeit aufgebaut worden. Das weißruthenische Volk hat seine Hände niemals mit dem Blute seines Brudervolkes besetzt. Jetzt sind dunkle Mächte am Werke, unserm gesitteten weißruthenischen Volke den Haß gegen die Juden einzupflanzen. Es ist befreudlich, daß die Okkupationsmächte überhaupt diese herberische Agitation in ihrem Rampfe nicht dulden. Deine gesetzliche Regierung, die jetzt gezwungen ist, das eigene Land den Feinden zu überlassen, appelliert an Dich, weißruthenisches Volk: Nicht gegen die Juden, sondern zusammen mit ihnen kämpfen gegen die gemeinsamen Erdrücker und Feinde, gegen das Unrecht für ein besseres und glücklicheres Verhältnis von Mensch zu Mensch ohne jegliche Religionsunterschiede.

Das neue Parteiprogramm.

Ueber den in den letzten Tagen von uns veröffentlichten Entwurf des neuen Programms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird man erst eingehender urteilen können, wenn der gleichzeitig vom Parteivorstand angekündigte Entwurf erschienen ist. Das soll ja in den nächsten Tagen geschehen, so daß bis zum Parteitag hin noch genügend Zeit bleibt, für oder gegen den Entwurf Stellung zu nehmen. Inzwischen wird es nützlich sein, den Entwurf des neuen Programms mit dem alten, in vieler Beziehung veralteten Programm von Erfurt zu vergleichen, um die wesentlichen Änderungen aufzuzeigen.

Außerlich ist festzustellen, daß das neue Programm ungefähr doppelt so lang wie das alte, dafür aber auch übersichtlicher gegliedert ist. Gleich dem Erfurter Programm ist es in einen allgemeinen theoretischen Teil und in einen die praktischen Forderungen aufzählenden speziellen Teil geschieden. Bei der Aufzählung dieser Forderungen hat man 11 mit Ueberschriften versehene Abschnitte gebildet, in denen sich das ganze reiche praktische Tätigkeitsfeld der Sozialdemokratie in der Gegenwart spiegelt. Vorangestellt sind die wirtschaftspolitischen Forderungen, dann folgt der Abschnitt Agrarfragen, weiter Finanzen, Verfassung und Verwaltung, Kommunalpolitik, Sozialpolitik, Gesundheitspflege, Wohnungswesen, Rechtspflege, Kulturpolitik, Völkerverhältnisse und Internationale.

Die Vergrößerung des Programms entfällt allein auf diesen zweiten, die praktische Gegenwartsarbeit betreffenden Teil. Der allgemeine theoretische Teil ist ungefähr im gleichen Umfang wie im Erfurter Programm geblieben, aber sein Inhalt ist wesentlich verändert, und zwar im Sinne der Kritik, die lange schon an der Einteilung des bisherigen Parteiprogramms geübt worden ist.

An der Stelle des viel angefochtenen, leicht mißverständlichen und daher von böswilligen Gegnern der Sozialdemokratie oft falsch ausgelegten Satzes:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs“

steht nun am Anfang des Programms die Erklärung des eigentlichen Wesens und Endzweckes der Sozialdemokratie: „Die sozialdemokratische Partei ist die Partei des arbeitenden Volkes, sie erstrebt die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.“

Hier wird von vornherein klar zum Ausdruck gebracht, daß wir das kapitalistische Wirtschaftssystem, dessen unheilvolle Begleiterscheinungen in den nachfolgenden Sätzen noch genauer umschrieben sind, von uns nicht betrachtet wird als eine mit fatalistischer Gleichgültigkeit zu betrachtende Naturnotwendigkeit, sondern als etwas zu Überwindendes. Der Untergang des Kleinbetriebes, der nur eine von den Begleiterscheinungen der großen kapitalistischen Entwicklung ist, aber keineswegs so aufgefaßt werden darf, als ob darunter ein spurloses Verschwinden aller kleinen Betriebe zu verstehen sei, da ja fortgesetzt selbst bei fortschreitender Konzentration des Kapitals noch wieder kleine, zwerghafte Betriebe in Menge entstehen, wird nun in dem neuen Programm so in die richtige Beleuchtung gerückt:

„Hieraus (nämlich aus der durch den Weltkrieg und das Versailler Diktat verschärften wirtschaftlichen Ungleichheit) sind erwachsen: weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleitung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und mit Vernichtung bisher selbständiger Existenzen.“

Im Zusammenhang damit wird hingewiesen auf das Emporkommen einer „neuen Bourgeoisie“, die sich aus Kriegserlösen, Lebensmittelspekulationen und Goldwucherern zusammensetzt und im Überflusse lebt, während sozial wertvolle Schichten von geistigen Arbeitern, Beamten, Gelehrten, Künstlern, Ingenieuren, Kaufleuten und Kleinrentnern in Not und proletarisches Elend hinabgedrückt werden. Indem diese Entwicklung in der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, den Einfluß des großen Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen steigert, verstärkt sie die Gefahr der internationalen Konflikte und neuer welterschütternder Kriege.

Aus solchen unerträglichen Zuständen strebt die Sozialdemokratie hinaus zu einer wahrhaften sozialistischen Volksgemeinschaft, die erwachsen soll besonders aus der Genossenschaftsbewegung, sowie aus den wirtschaftlichen und politischen Widerstandsorganisationen des arbeitenden Volkes. Sie soll sich schließlich begeben mit den gleichgesinnten sozialistischen Bestrebungen in anderen Ländern zu einem alle Völker umspannenden wirtschaftlichen Völkerverband.

Körperkühlende Wirkung zu langer und zu starker Sonnenbestrahlung.

Schon oft ist von ärztlicher Seite darauf hingewiesen, wie mäßig die Sonnenstrahlen auf den Körper einwirken und wie sie gegen einzelne Krankheiten das beste und wirksamste Heilmittel sind. Es muß aber immer wieder betont werden, daß auch hier Beschränkung wachen muß, wenn an Stelle von Heilung und Kräftigung nicht Schädigungen der Gesundheit durch die Sonnenbestrahlung hervorgerufen werden soll. Es ist gerade jetzt wieder reichlich Gelegenheit gegeben, in den Seebädern Personen zu beobachten, die sich den Sonnenstrahlen zu lange aussetzen und dadurch schmerzhaft Entzündungen der Haut davongetragen haben. Dies wäre vermieden worden, wenn sie die Haut erst nach und nach an die chemische Wirkung der Sonnenstrahlen gewöhnt und dadurch eine allmähliche Braunfärbung erlangt hätten. Erst wenn diese vorhanden ist, darf ohne Gefahr für Entzündungen die Dauer des Sonnenbrandes verlängert werden. Ganz besonders muß aber gewarnt werden, den Kopf ohne schützende Bedeckung längere Zeit den Sonnenstrahlen aussetzen, da sonst die Gesundheit des Sonnenstiches und starke Schädigungen der Gesundheit die Folge sein können. Es kann daher nur nochmals an die gesamte Bevölkerung, vor allem an Eltern und die mit der Beaufsichtigung der badenden Schulkinder beauftragten Personen, die dringende Warnung gerichtet werden, nicht durch übermäßigen Gebrauch von Sonnenbädern deren heilsame und kräftigende Wirkung in das Gegenteil zu kehren und sich über die ihnen anvertrauten Kinder Schädigungen aussetzen, die bei der durch die

Störungen der Nerven des verringerten Widerstandsfähigkeit von unheilvollen Folgen sein können.

Aus den Gerichtssälen.

Mietz und Untermieter. Eine Frau aus Sangha hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Unterschlagung an geschändeten Sachen zu verantworten. Sie war Mietz und vermierte mit Beistimmung an Untermieter. Die Untermieter waren zwei Schwäger. Die eine war verheiratet, jedoch lebte sie mit ihrem Mann nicht gut. Während der Mietzeit kam der Mann aber doch zeitweise zu seiner Frau und lebte dann mit, ohne daß er der Witze etwas brach. Es kam zur Kündigung und zum Auszug. Die Untermieter waren ursprünglich zum Teil nachts heimlich eingezogen und wählten nun auch tags ohne Begleitung der Mietz aus. Die Witze behielt ihnen deshalb 4 Oberhemden und 2 Jacken ein. Die Mietz brauchte Geld, da sie auf die Mietzeinnahme angewiesen war. Sie glaubte deshalb in ihrem Recht zu sein, wenn sie die geschändeten Sachen verkaufte. Dazu war sie aber nicht berechtigt. Das Gericht verurteilte sie deshalb wegen Unterschlagung des Pfandes zu 300 Mark Geldstrafe.

„Hausfriedensbruch“ beim Feiern. Gelegentlich des Streiks im Arbeiterverband kamen einige Arbeiter zu einem Feiern im Arbeiterklub, um als Mitglieder des Streikkomitees den dort arbeitenden Gewerkschaften zur Arbeitsaufnahme aufzufordern. Hierbei sollen sie sich des gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs schuldig gemacht haben und schickten je einen Strafbefehl über 20 Mark. In der von den Angeklagten beantragten richterlichen Entscheidung beschreiben sie die Tat als Hausfriedensbruch. Das Gericht verurteilte sie zu je 20 Mark Geldstrafe oder 20 Tage Gefängnis. Der Amtsanwalt führte aus, daß schon das widerrechtliche Eindringen ein Hausfriedensbruch sei.

Aus aller Welt.

Arbeitslosigkeit auf den Acker Werften. Die industrielle Lage in Airl, insbesondere auf den Werften, ist sehr unbefriedigend. Aufträge liegen nur in geringem Umfange vor. Der dadurch bedingte Arbeitsmangel hat erhebliche Betriebsbeschränkungen zur Folge. Die deutschen Werke, die bereits vor kurzem einen großen Teil ihrer Belegschaften entlassen mußten, haben am Sonntag weiteren hundert Arbeitern gekündigt und in verschiedenen Abteilungen die Arbeit auf vier Tage in der Woche beschränkt. Auch auf der Seemannswerft ist die Einführung von Feiertagen notwendig geworden. Die Seemannswerke arbeiten jetzt zwar noch in vollem Umfange, doch ist dort ebenfalls in Kürze mit Betriebsbeschränkungen zu rechnen. Besonders liegen die Verhältnisse in den kleineren Maschinen- und Motorenfabriken. Diesem wird nur vier oder fünf Tage in der Woche gearbeitet.

Die Opfer des Erdbebens in China. Erst jetzt liegen die genauen Ziffern über die Opfer des am 18. Dezember vergangenen Jahres über die Provinzen Awangsu und Schenk (Nord-China) hereingebrachten schrecklichen Erdbebens vor. Nach dem jetzt sorgfältig aufgestellten Material des Oberprätoriums in Peking sind bei diesem Erdbeben mindestens 180 000 Personen den Tod gefunden.

Ballistikport — als ostlicher Freihafen. Die ostländische Regierung hat die Errichtung eines Freihafens in Ballistikport beschlossen. Dem Handels- und Industrieministerium soll ein Kredit von 2 100 000 Mark für die Instandsetzung des Hafens erteilt werden. — Nach der Petersburger „Krasnaja Gafeta“ sind seit Eröffnung der Schifffahrt in Petersburg 577 Tonnen Kohle aus England und 180 000 Pud Weizen (1 Pud = 16,38 Kilogramm) aus Amerika eingetroffen.

**Zoppoter Waldoper
Beethovenfeier
Fidelio**

Aufführungen am 24., 26., 28., 31. Juli und 2. August, abends 7 Uhr.

Preise der Plätze: 30, 25, 20, 15, 10 M., Stehplatz 5 M. Vorverkauf in Ziemassens Buchhandlung in Zoppot (Fennstr. 228) und in der Musikalienhandlung Hermann Lau, Danzig (Fennstr. 228).

Achtung!

Geizhals, Geizhals
nach jeder Sitzung von
heute noch 1000 (480)
Hugo Bröde,
Hilfsstr. Graben 13.
Spezialarzt
an Hautkrankheiten etc.

Junger Hund

machen, billig zu verkaufen.
Hilfsstr. 48 II, rechts.

**Metropol-
Lichtspiele**

Dominkowall 12.
Der große Sport-Sensationsfilm
Der Todesflieger!!

mit dem Sportsmann von Jugend auf: Rennfahrer, Reenfahrer, preisgekrönter Schnellläufer Harry Hill, und der Artistin von Kindheit an Marga Lindt in 6 fabelhaften Akten.
Sensation auf Sensation u. a.: Großes Motorradrennen im Stadion vor vielen tausend Zuschauern — Motorradsprung von der Eisenbahnbrücke auf fahrenden Schienen — Abstieg vom Flugzeug mittels Strickleiter auf ein anderes — Fallschirmsprung aus 1000 Meter Höhe — Absturz eines brennenden Flugzeuges aus 500 Meter Höhe — Flucht vom rasenden Motorboot mittels Strickleiter auf ein Flugzeug usw.
Dazu das prächtige Lustspiel:
Der Gent von der Ferrystreet
Groteske aus amerh. Geffiden.
Besuchen Sie bitte die 4-Uhr-Vorführung!

Nervenschwäche verdrängen Beschwerden, den jeder Art leidet, verdrängt kostendrohend, ärztl. Besondere über Nervenschwäche Dr. Richard & Co., Berlin, Potsdamer Straße 104 b. (342)



Tiefschwarz
werden selbst Ihre Mädel durch tägliche Pflege mit Erdal — Sie sind stolz, deshalb
spare durch Erdal

PHILIPP SCHEIDEMANN
DER
ZUSAMMENBRUCH
1914-1918
PREIS 30 MARK
NEU
Buchhandlung Volkswacht
Am Spennhaus 6 und Paradiesgasse 32

Stroh-Panama-Velour-Filz-**Hüte**
für Damen und Herren
werden in unserer Haslgen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
nur Lawandengasse Nr. 6-7,
(gegenüber der Markthalle).

Der Atheist
von Ernst Ewert
Preis 2.50 Mark
zu haben in der
Buchhandlung Volkswacht,
Am Spennhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Gedania-Theater
Schlossdamm 83:55
Ab heute 3 Schläger!
„Die Apachen von Paris“
Detektiv-Abenteuer in 5 g. spannend u. sensationell. Akten
Timon Fox (Detektiv) Karl Falkenberg
Bob Parker (sein Gehilfe) Julius Frensch
Napoleon u. d. H. Wälscheris II. Teil
Schauspiel in 4 großen Akten. Hauptdarstellerin Ellen Richter.
Die Berliner Range
V. Strobel, Der Kampf m. d. Droschen
Lustspiel in 3 Akten mit Hilfe Wörtern

EIN POSTEN
**Herren-
Stiefel**

Rindbox, schöne, hochmoderne Ausführung, neueste Formen, gut passend

- Serie I **178⁰⁰**
- Serie II **148⁰⁰**
- Serie III **138⁰⁰**

Schuhsport

Langgasse 84, am Tor

UT Lichtspiele
GOLIATH ARMSTRONG
DER HERRLICHE DER SCHWARZEN BERGE
DER GROßE AMERICAN/ONE REVELATION/FILM IN 6 ABTEILUNGEN
Vom 28. bis 29. Juli
I. Teil
Vorführungen 4, 6 und 8 Uhr.

Zentral-Theater
Langgasse 31 + Paradiesgasse 22
Neu! Heute Donnerstag Neu!
Der große Stützenfilm
Durch Flammen und Fluten
Die Schildknechtsgedie einer Verführten in 6 Akten.
Kauspiel: Erna Gogner, Josef Böhm, H. Trödel
Der Liebe Leid und Sieg!
Schauspiel in 5 Akten mit
Grete Weizler, Carl Beckersacke

Moderne Herren-Anzüge
einmalige Größen
zu Verlustpreisen.
Beachten Sie bitte meine Schaufenster!
Bestreifte Kassen, Sammitbütel enorm billig.
J. Czerninski, Altstädter
Graben Nr. 88/87
Eingang Kleine Mühlengasse.

Kleine Anzeigen
In unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenspreise: Die 3-spaltige Zeile 750 Mk. von auswärts 2.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Nachzahlung 5.— Mk. von auswärts 6.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3580.

Nr. 170

Sonnabend, den 23. Juli 1921

12. Jahrgang

Der Verzweiflungsschritt der Sowjetregierung.

Maxim Gorki kommt nach Berlin.

Berlin, 22. Juli. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist der Hilferuf Maxim Gorkis um Vinderung der Not der von Hungersnot heimgesuchten Gebiete Rußlands im Einverständnis mit der russischen Sowjetregierung erfolgt. Gorki wird in der nächsten Zeit im Auftrag der russischen Regierung in Berlin eintreffen. Für die Reiselegung Deutschlands an einer internationalen Hilfsaktion kommt die Organisation des Roten Kreuzes in Frage. Es könne sich allerdings nur um die Bereitstellung von Medikamenten und ärztlicher Hilfe handeln. Jergend eine Unterstützung durch Lebensmittel kommt bei der Ernährungslage Deutschlands selbstverständlich nicht in Frage. Unter der notleidenden russischen Bevölkerung befindet sich ein großer Teil Deutscher, die sich besonders längs der Wolga angehebelt haben. Verhart Hauptmann wird den Hilferuf Maxim Gorkis beantworten.

Berlin, 22. Juli. Zur Vinderung der durch die drohende Misere stark verschärften Notlage des russischen Volkes sind, wie in anderen Ländern auch in Deutschland Bestrebungen im Gange, um eine schnelle und großzügige Hilfsaktion zu veranstalten. Auch die Reichsregierung wird der Aktion jede mögliche Unterstützung und Förderung gewähren.

Das Ziel der französischen Verschleppungspolitik in der oberschlesischen Frage.

Frankreich braucht einen Vorwand für die Besetzung des Ruhrgebietes.

London, 22. Juli. Im „Daily Chronicle“ schreibt ein diplomatischer Korrespondent: Gestern nachmittag hat der französische Botschafter Lord Curzon die Antwort der französischen Regierung übermittelt. Danach ist Ministerpräsident Briand nicht geneigt, einer Zusammenkunft des Obersten Rates am 28. Juli zuzustimmen. Er verlangt anstatt dessen die Entsendung weiterer britischer Truppen nach Oberschlesien. Ferner ersuchte er um die Zustimmung der britischen Regierung, zur Entsendung einer neuen französischen Division. Inzwischen wird berichtet, daß eine französische Division eiligst nach Oberschlesien geschickt wird, ohne auf die britische Antwort zu warten. Auch die Ankunft weiterer französischer Truppen ist kaum geeignet, die Luft zu klären, sondern dazu, die Polen zu weiteren Angriffen auf die Deutschen anzureizen. Wenn dies geschehen sollte, so würde naturgemäß die Bevölkerung Widerstand leisten, und das ganze Land würde wieder unter Waffen stehen. Ein neuer Grund zur Beschwerde gegen Deutschland würde von den Franzosen gefunden sein, und wahrscheinlich würde die Forderung erhoben werden, daß zur Strafe das Ruhrgebiet besetzt werden solle. Der französische Ministerpräsident schlägt, wie verstanden, ein Datum im August vor, aber dies ist eine verhältnismäßig lange Frist. Die britische Antwort auf Paris wird, wie wir erfahren, diese Auffassung hervorheben und, ohne endgültig die Entsendung von Truppen zu verweigern, noch einmal ersuchen, daß eine Zusammenkunft des Obersten Rates sobald wie möglich abgehalten werde.

Berlin, 22. Juli. Das „Berliner Tageblatt“ erfährt von privater Seite aus Opatowitz, daß General Le Rond in der Nacht zum Freitag Oberschlesien verlassen und sich über Prag nach Paris begeben habe.

London, 22. Juli. (Reuter.) Der britische Kommissar in Oberschlesien betont in Berichten aus Opatowitz von neuem die Notwendigkeit einer schleunigen Regelung der oberschlesischen Frage in Übereinstimmung mit dem Vorschlag der internationalen Kommissionsmission. Man ist der Ansicht, daß es nicht notwendig sei, Truppen aller drei Alliierten hinzuschicken, wenn eine rasche Entscheidung durch den Obersten Rat zu erreichen wäre. Man hält an dem Glauben fest, daß die französische Regierung bei der Lösung der oberschlesischen Frage mit den Alliierten zusammenwirken werde. Eine Meinungsverschiedenheit besteht nur für die Art und Weise des Verfahrens.

Die Organisation der Reparationslieferungen.

Berlin, 22. Juli. Der beim Reichsministerium für Wiederaufbau bestehende Beirat für Reparationsfragen trat heute unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Rathenau zusammen. Die Tagung wurde durch längere vertrauliche Ausführungen des Reichsministers eingeleitet. Er schilderte den Gang und derzeitigen Stand der Verhandlungen über die Finanzierung der Reparationslieferungen und ihre Bewertung und erläuterte die Ziele, die durch die Verordnung betreffend die Auforderung von Warenlieferungen für den Wiederaufbau verfolgt werden. Soweit die Bestellungen zu

Reparationszwecken nicht auf dem Wege der freien Vereinbarung zwischen Bestellern und Lieferanten unmittelbar erfolgen, werden Bestellungsverbände in Tätigkeit treten. Ihre Aufgabe wird es sein, die Lieferungen, deren Umfang sich übrigens erst nach Abschluß der schwebenden Verhandlungen überblicken lassen wird, unter gleichmäßiger Berücksichtigung der Länder und Landestelle sowie der Berufsgruppen aufzubringen. Ein Zusammenschluß der Bestellerverbände soll auf dem Wege der Selbstverwaltung die Entgegennahme, Aufstellung und Durchführung der Aufträge sichern. In der Aussprache trat der Minister mit Entschiedenheit dem allseitig geäußerten Wunsche bei, zu verhindern, daß unberechtigte Reparationsgewinne erzielt würden. Der Minister schloß mit Worten des Dankes und mit der Bitte an den Beirat, den Wiederaufbauarbeiten auch weiterhin beratend zur Seite zu stehen.

London, 22. Juli. Im Unterhause wurde mit 146 gegen 26 Stimmen ein Antrag abgelehnt, das Gesetz über die Einziehung der deutschen Reparationen bis auf weiteres aufzuheben, falls es seinen Zweck verfehlt und eine Belastung des englischen Handels darstellt. Sir Robert Horne erklärte, das Gesetz habe vollen Erfolg gehabt. Die eingegangenen Gelder betragen in den ersten drei Wochen im Juli 114 000 Pfund Sterling gegen 69 500 im Juni, 22 000 im Mai und 5800 im April.

Die gewalttätige Polonisierung Oberschlesiens.

Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ nehmen die Ausschreitungen der Insurgenten in Oberschlesien immer weitere Ausdehnung an. In Gleiwitz wurde gestern der Stadtteil Petersdorf von Insurgenten lebhaft beschossen. Im Kabanter Walde treiben sich bewaffnete Insurgenten in Scharen herum. In Lipine wird eine Bureaugeschäftin des deutschen Bezirkskommissariats vermißt. Man vermutet, daß sie von den Insurgenten beseitigt worden ist. In Larnowik verhafteten Engländer bewaffnete Insurgenten, die eine 65 jährige Frau überfallen und beraubt hatten. Auch in Mieschowitz haben sich starke Insurgentenbanden gezeigt. Unter dem Druck des dauernden Terrors in Loßlau hat eine allgemeine Flucht der Deutschen eingesetzt. Infolge der Abwanderung der Deutschen sind viele Häuser an die Polen verkauft worden.

Königshütte, 21. Juli. In der Umgegend von Königshütte wird neuerdings die Beobachtung gemacht, daß die Polen jetzt systematisch auch diejenigen Leute terrorisieren, welche sie während des Aufstandes verschont hatten.

Hindenburg, 21. Juli. In Biskupitz fand vorgestern wieder eine größere Schießerei statt. Dabei gab es einen Toten. Später hielten Insurgenten die Kleinbahn an und nahmen allen Inhabern von grünen Legitimationstickets, d. h. in Oberschlesien ansässigen, aber nicht dort geborenen Personen, die Karten ab und zerrissen sie.

Wird es ein Görlitzer Programm geben?

Wie die „Sozialistische Korrespondenz“ mitteilt, würde es schwerlich gut sein, daß der Parteitag in Görlitz Hals über Kopf über das sozialdemokratische Parteiprogramm endgültig beschließen würde. Die Korrespondenz empfiehlt, den Organisationsrat ein Jahr Zeit zu lassen, um sich eingehend mit dem Entwurf des Programms und seiner Kritik zu befassen.

Judenverfolgungen in Weißrußland.

Kowno, 18. Juli. Die hier in Exil befindliche weißruthenische Volksregierung äußert einen Zorn gegen die Judenpogrome in den von Polen und Bolschewisten besetzten Teilen Weißrutheniens. Es heißt darin: Viele Jahrhunderte lang leben und arbeiten in unserm weißruthenischen Lande Schulter an Schulter mit uns unsere jüdischen Mitbürger. Kultur und Wohlstand unseres Landes sind durch gemeinsame Arbeit aufgebaut worden. Das weißruthenische Volk hat seine Hände niemals mit dem Blute seines Brudervolkes besetzt. Jetzt sind dunkle Mächte am Werke, unserm gelittenen weißruthenischen Volke den Haß gegen die Juden einzupflanzen. Es ist befremdlich, daß die Okkupationsmächte überhaupt diese herberische Agitation in ihrem Maathe erdulden. Dem gefühllosen Regierern, die jetzt gezwungen ist, das eigene Land den Feinden zu überlassen, appelliert an Dich, weißruthenisches Volk: Nicht gegen die Juden, sondern zusammen mit ihnen kämpfen gegen die gemeinamen Erdrücker und Feinde, gegen das Unrecht für ein besseres und glücklicheres Verhältnis von Mensch zu Mensch ohne jegliche Religionsunterschiede.

Das neue Parteiprogramm.

Ueber den in den letzten Tagen von uns veröffentlichten Entwurf des neuen Programms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird man erst eingehender urteilen können, wenn der gleichzeitig vom Parteivorstand angekündigte Entwurf erschienen ist. Das soll ja in den nächsten Tagen geschehen, so daß bis zum Parteitag hin noch genügend Zeit bleibt, für oder gegen den Entwurf Stellung zu nehmen. Inzwischen wird es nützlich sein, den Entwurf des neuen Programms mit dem alten, in vieler Beziehung veralteten Programm von Erfurt zu vergleichen, um die wesentlichen Änderungen aufzuzeigen.

Außerlich ist festzustellen, daß das neue Programm ungefähr doppelt so lang wie das alte. Dafür aber auch übersichtlicher gegliedert ist. Gleich dem Erfurter Programm ist es in einen allgemeinen theoretischen Teil und in einen die praktischen Forderungen aufzählenden speziellen Teil geschieden. Bei der Aufzählung dieser Forderungen hat man 11 mit Uberschriften versehene Abschnitte gebildet, in denen sich das ganze reiche praktische Tätigkeitsfeld der Sozialdemokratie in der Gegenwart spiegelt. Vorangestellt sind die wirtschaftspolitischen Forderungen, dann folgt der Abschnitt Agrarfragen, weiter Finanzen, Verfassung und Verwaltung, Kommunalpolitik, Sozialpolitik, Gesundheitspflege, Wohnungswesen, Rechtspflege, Kulturpolitik, Völkerverbindungen und Internationale.

Die Vergrößerung des Programms entfällt allein auf diesen zweiten, die praktische Gegenwartsarbeit betreffenden Teil. Der allgemeine theoretische Teil ist ungefähr im gleichen Umfang wie im Erfurter Programm geblieben, aber sein Inhalt ist wesentlich verändert, und zwar im Sinne der Kritik, die lange schon an der Einteilung des bisherigen Parteiprogramms geübt worden ist.

An der Stelle des viel angefochtenen, leicht mißverständlichen und daher von böswilligen Gegnern der Sozialdemokratie oft falsch ausgelegten Satzes:

„Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Notwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebs“

steht nun am Anfang des Programms die Erklärung des eigentlichen Wesens und Endzweckes der Sozialdemokratie:

„Die sozialdemokratische Partei ist die Partei des arbeitenden Volkes, sie erstrebt die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.“

Hier wird von vornherein klar zum Ausdruck gebracht, daß wir das kapitalistische Wirtschaftssystem, dessen unheilvolle Begleiterscheinungen in den nachfolgenden Sätzen noch genauer umschrieben sind, von uns nicht betrachtet wird als eine mit fatalistischer Gleichgültigkeit zu betrachtende Naturnotwendigkeit, sondern als etwas zu Überwindendes. Der Untergang des Kleinbetriebs, der nur eine von den Begleiterscheinungen der großen kapitalistischen Entwicklung ist, aber keineswegs so aufgefaßt werden darf, als ob darunter ein spurloses Verschwinden aller kleinen Betriebe zu verstehen sei, da ja fortgesetzt selbst bei fortschreitender Konzentration des Kapitals noch wieder kleine, zwerghafte Betriebe in Menge entstehen, wird nun in dem neuen Programm so in die richtige Beleuchtung gerückt:

„Hieraus (nämlich aus der durch den Weltkrieg und das Versailler Diktat verschärften wirtschaftlichen Ungleichheit) sind erwachsen: weitere monopolistische Wirtschaftsgebilde und Kapitalverbände und gleichzeitig zunehmende Trennung der Produktionsleistung und der arbeitenden Massen vom Eigentum an den Produktionsmitteln und mit Vernichtung bisher selbständiger Existenzen.“

Im Zusammenhang damit wird hingewiesen auf das Emporkommen einer „neuen Bourgeoisie“, die sich aus Kriegslieferanten, Lebensmittelpelikanen und Goldwucherern zusammensetzt und im Ueberfluß lebt, während sozial wertvolle Schichten von geistigen Arbeitern, Beamten, Gelehrten, Künstlern, Ingenieuren, Kaufleuten und Kleinrentnern in Not und proletarisches Elend hinabgedrückt werden. Indem diese Entwicklung in der kapitalistischen Welt, vor allem in den Siegerstaaten, den Einfluß des großen Finanzkapitals auf die Politik der Regierungen steigert, verstärkt sie die Gefahr der internationalen Konflikte und neuer welterschütternder Kriege.

Aus solchen unerträglichen Zuständen strebt die Sozialdemokratie hinaus zu einer wahrhaften sozialistischen Volksgemeinschaft, die erwachsen soll besonders aus der Genossenschaftsbewegung, sowie aus den wirtschaftlichen und politischen Widerstandsorganisationen des arbeitenden Volkes. Sie soll sich schließlich begegnen mit den gleichgesinnten sozialistischen Bestrebungen in anderen Ländern zu einem alle Völker umspannenden wirtschaftlichen Widerband.

Immer wieder wird bei der Darstellung dieses Strebens auf den Versailles Gewaltfrieden als auf ein Haupthindernis hingewiesen und seine Revision gefordert. Man wird leicht einwenden, daß damit das Programm in seinem allgemeinsten Teil allzu sehr auf eine Situation eingestellt ist, die aller Voraussicht nach nicht von längerer Dauer sein kann. Dem muß aber entgegengehalten werden, daß der Vertrag von Versailles unter ausdrücklicher Zustimmung der deutschen Sozialdemokraten angenommen worden ist, und daß uns damit Pflichten auferlegt sind, die auch bei der Revision des Parteiprogramms nicht übergangen werden dürfen. Zuverlässig bekennend sich die deutsche Sozialdemokratie im letzten Jahr der Einleitung des neuen Programms zu den Beschlüssen der Arbeit, im August 1920 reorganisierten Internationalen.

Damit ist scharf der Trennungstich gezogen gegenüber den in der dritten Internationale vereinigten kommunistischen Parteien. Manderlei von der Entwicklung überholtes aus dem kommunistischen Manifest, das noch im letzten Programm seinen Niederschlag gefunden hatte, ist nun ausgemerzt oder doch in anderer Form gebracht, die mit den neueren Ergebnissen soziologischer Erkenntnis besser übereinstimmt.

In den Grundanschauungen der Partei wurde damit, wie schon die oben zitierten Sätze beweisen, nichts geändert. Was fortlief, sind eigentlich nur Selbstverständlichkeiten, wie die, daß der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Gesellschaft notwendigerweise ein politischer Kampf sein muß, daß der Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht ohne den Besitz der politischen Macht bewirkt werden kann und ähnliches mehr.

Ein entscheidender Vorzug des neuen Programms ist seine genauere, jede überflüssige Wendung vermeidende Ausdrucksweise. Das gilt sowohl vom ersten wie vom zweiten Teil, der die praktischen Forderungen enthält. Hier wird deutlich zum Ausdruck gebracht, daß die sozialistische Gemeinwirtschaft nicht den Privateigentum an Produktionsmitteln überhaupt, sondern lediglich den kapitalistischen Privateigentum vorbehalten soll, insbesondere den an Bodenbesitz und Produktionskräften, wobei in erster Linie die Überführung in Staatsbesitz in Betracht kommt, während im übrigen für die gemeinwirtschaftlichen Betriebe hauptsächlich eine genossenschaftliche Organisation gefordert wird, deren geschäftliche Leitung nicht durch bürokratische Gremien erschwert werden soll. Wir müssen bezüglich dieser und aller weiteren Forderungen des neuen Programms auf den an dieser Stelle abgedruckten Wortlaut des Entwurfs verweisen, da ein näheres Eingehen auf Einzelheiten den Rahmen dieses Artikels überschreiten würde, der nur Anregung zum Studium des Entwurfs geben soll.

Wirtschaftliche Rundschau.

Weltverkehr an Schiffen. — Steigung des Wertbetriebes. — Ungunst der deutschen Finanzlage. — Umschwung und Schuldentilgung in England. — Geringe Besserung des Baugeschäftes in Deutschland. — Rückgang der deutschen Beziehungen zu Amerika. — Freigabe der Getreidewirtschaft. — Liebergewicht der großen Mühlen über die Klein- und Mittelbetriebe. — Preissteigerung aller landwirtschaftlichen Produkte unter dem Einfluß des Unwetters der Landwirtschaft.

In den letzten Wochen ist viel davon die Rede gewesen, daß die englische Regierung, die einen großen Teil der deutschen Handelsflotte in ihren Häfen liegen hat, mit der Absicht umgeht, die Schiffe wieder an deutsche Reedereien zu verkaufen. Seit langem befinden wir uns im Schiffsverkehr in einem Zustande des Überflusses an Schiffen. Amerika hat so starken Schiffbau betrieben, daß man gegenwärtig nicht weiß, wie dieser große Schiffpark, der jetzt den amerikanischen Interessenten zur Verfügung steht, nutzbar gemacht werden kann. Das gleiche gilt, wie schon bemerkt, für England, und die skandinavischen Länder nicht minder in der Sorge um ihre Schiffsflotten. Das alles hat sich in einer verhältnismäßig kurzen Zeit vollzogen. Noch im vorigen Jahre hatten wir so enorm hohe Frachttarife, daß der Gewinn der Schiffsunternehmungen sich geradezu glänzend gestaltete. In diesem Treiben hat nun die anstehende Entlassung der Werften in allen Ländern schließlich den Umschwung herbeigeführt. Die deutschen Reedereien haben sehr erhebliche Aufträge zum Neubau von Schiffen gegeben, um wieder ihre Betriebe hochzubringen. Allerdings ist die Herausgabe der Aufträge an die deutschen Werften etwas platonisch betrieben worden, so daß das Bauprogramm, dem die Entlassungsgelände, die den Reedern vom Deutschen Reich gegeben worden ist, zugrunde liegt, bereits damit so weitgehend in Angriff genommen worden ist, daß, wenn es in der diesjährigen Woche fortgesetzt wird, höchstens die 714 Millionen verbraucht sind, die zur Verfügung stehen. Der Wiederaufbau der Handelsflotte sollte aber — das war die den Reedereien auferlegte Verpflichtung — auf 5 Jahre verteilt werden.

Nach dem Schiffangebot aus England haben die Reedereien auch nicht mehr das große Interesse an der schnelleren Auslieferung des Bauprogramms. So hört der Überbetrieb, und überall werden Klagen laut über mangelnde Beschäftigung und Rückgang der Ertragskraft, wenn nicht bereits Entlassungen von Arbeitern eingeleitet sind. Von der Auswirkung einer solchen Geldschwundung können wir uns ein Bild machen, wenn wir die Entwicklung der deutschen Werften berücksichtigen, in denen vor dem Kriege ungefähr 40 000 Arbeiter für den Bau von Handelschiffen beschäftigt waren, während gegenwärtig 105 000 Arbeiter in den Werften tätig sind. Bei dieser freichauswärtigen Entwicklung der Unternehmungen werden wir leider damit zu rechnen haben, daß wir sehr bald in eine schwere Krise geraten, und es ist mirhin sehr verständlich, wenn sich gegen den Ankauf von Schiffen in England großer Widerstand geltend macht. Die Kusthandelsstelle für Schiffe hat 150 000 Tonnentonnen Schiffsraum nach Deutschland eingeführt werden kann. Außerdem soll von Reedereien gefordert werden, auf 2 Jahre Kaufaufträge für Schiffe, die nach diesem Zeitraum

wieder an das Ausland abgegeben werden müssen. In der Kusthandelsstelle sind auch Kräfte vertreten. Es zeigt sich dabei wiederum die recht bedauerliche Haltung des Metallarbeiterverbandes, der bisher in dieser Hinsicht keine Vertretung hatte, da die Organisation nicht der Kusthandelsstelle beigemessen ist. Die Selbstauskunft dieser Arbeiterverbände bei diesem so wichtigen Entschluß ist sehr zu beklagen, und es zeigt sich, wie wenig lächerlich die Behauptung ist, daß die Mitwirkung solcher Verbände geschäftlich ist. So hat die Kusthandelsstelle nahezu einstimmig den vorausbezeichneten Beschluß gefaßt.

Diese Entscheidung der Kusthandelsstelle muß immerhin zu Bedenken Anlaß geben, denn die Arbeitskräfte der Schiffe wird für den Krieg in Deutschland eine erhebliche Beeinträchtigung zur Folge haben. Allerdings kann andererseits geltend gemacht werden, daß Deutschland mit dem Rückgang dieser Schiffe seinen Bedarf wieder mehr beschaffen kann und auch die schnelle Entwicklung seiner Schiffsflotte ein allgemeines Interesse beansprucht. Voraussetzung ist nur, daß diese Entschaltung aufrechterhalten wird durch die allgemeine Konkurrenz, die sich auf dem Weltmarkt bemerkbar macht.

Während Deutschland mit seiner Finanzlage weiter abwärts sinkt, zeigt sich in England ein sehr beachtenswerter Umschwung. England ist in dem letzten Halbjahr bereits fast zu seiner Schuldentilgung übergegangen. Es hat in den verstrichenen zwei Jahren bereits 200 Millionen Pfund von seiner Schuld abgezogen und damit seine Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten, die immer noch auf 475,3 Millionen Dollar angegeben werden, nicht unerheblich gemindert.

Auf dem Kapitalmarkt in England zeigt sich wiederum ein starkes Anwachsen der Anforderungen. Am 1. Oktober 1921 sind nicht weniger als 120 Millionen Pfund rund für Neugründungen und Erhöhung des Aktienkapitals in Anspruch genommen.

Auch in Deutschland zeigt sich wieder für den Monat Juni eine Zunahme des Kapitalbedarfes gegenüber dem Vormonat. Es sind beantragt 227,98 Millionen Mark für Neugründungen, ohne Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften. Dem sind für das erste Halbjahr die Anforderungen an den Kapitalmarkt auf 11 506,19 Millionen Mark gestiegen. Eine gewaltige Steigerung der Bräuforderungen des Kapitalmarktes für industrielle Unternehmungen. Die nicht selten, wie vielfach schon bekannt wurde, weniger zur besseren Finanzierung der Unternehmungen als zur Verwässerung des Aktienkapitals verwendet wurde.

Im Baugeschäft ist nach Angabe des Statistischen Reichsanwaltes eine nicht unerhebliche Zunahme der Beschäftigung eingetreten. Die Zahl der erbauten Wohnhäuser ist gegenüber dem 1. Vierteljahr 1920 fast um das Sechsfache gestiegen, die Zahl der Wohnungen um das Fünffache. 65 v. H. der erbauten Häuser und 67,7 v. H. der neugeschaffenen Wohnungen wurden von gemeinnützigen Gesellschaften und Genossenschaften hergestellt. Gegenüber 1920 ist die Zunahme der Baukäufte um das Doppelte gestiegen. Leider ist diese Entwicklung noch viel zu gering, um der Nachfrage zu genügen.

Mit der Annahme der Friedensresolution im amerikanischen Parlament konnte man mit einiger Hoffnung auf eine Annäherung besserer Handelsbeziehungen und die Wiederentwöhnung diplomatischer Beziehungen rechnen. Leider scheint diese Hoffnung sich nicht zu verwirklichen, denn weder besitzt sich die amerikanische Regierung zu einem Ergebnis zu kommen, noch sind deutscherseits Schritte unternommen, um zum Abschluß eines Handelsvertrages zu gelangen, der den enorm hohen Zollerlösen, die im amerikanischen Parlament zur Beratung steht, in seiner Wirkung mildern könnte. Bedauerlicherweise ist auch politisch die Stimmung in Amerika für Deutschland wenig günstig, und diejenigen, die glauben, es wäre möglich, sehr bald wieder günstigen Boden in Amerika zu finden, werden sehr bald ihres Irrtums gewahr werden. Die sehr erheblichen Guthaben, die von Deutschland in Amerika festliegen, würden, wenn sie freigegeben wären, Deutschland manche Hilfe bieten. Es deutet aber alles darauf hin, daß die amerikanische Regierung, wie es heißt, sich an diesen Guthaben labieren wollen gegenüber ihren Forderungen aus dem Versailles Vertrag, auf den sie anscheinend doch nicht verzichtet. Die Verzichtleistung soll, soweit uns berichtet wird, nur darin bestehen, daß man die Bestimmungen, die den Völkerverbund, die Regelung der europäischen Grenzen und die Auslieferung der Kriegserblicher betreffen, nicht übernimmt, den anderen Teilen des Vertrages aber beitreten wird.

Die Freigabe der Getreidewirtschaft hat in der Mühlenindustrie bereits einen starken Anseh hervorgerufen, die großen Unternehmungen enger zusammenzuschließen. Die Freigabe der Bewirtschaftung wird den freien Wettbewerb in der Mühlenindustrie wieder soll zur Geltung bringen, und damit werden die Mittel- und Kleinbetriebe zu einem erheblichen Teil ausgeschaltet werden. Vor allen Dingen werden die großen Mühlen darauf bedacht sein, das ausländische Getreide voll zu erfassen, und ihr Konzern geht darauf aus, eine Gewinnsteigerung dieser Getreidemengen mit gemeinschaftlichem Anteil auf ihre Unternehmungen herbeizuführen. Eventuell will man zu einem System übergehen, das die Betriebe, die nicht voll beschäftigt werden können, durch andere Unternehmungen voll ausgenutzt werden können. Volkswirtschaftlich ein Standpunkt, gegen den sich nichts einwenden läßt; sozialpolitisch: die üble Nebenwirkung, daß die Arbeitslosigkeit nicht gemindert wird.

Unter der vorausschicklichen starken Preiserhöhung für Getreide, die vom 15. August an, dem Beginn der teilweise freien Wirtschaft, in Aussicht steht, sind bereits die Preise unserer landwirtschaftlichen Produkte in die Höhe gegangen. Für Mais hat eine Preissteigerung von 20 Mark eingeleitet, und auch Weizen gehen langsam im Preise an. Daneben macht sich auf dem Futtermarkt wiederum eine starke Tendenz der Aufwärtsbewegung bemerkbar, so daß bereits dem Reichswirtschaftsministerium angefragt ist, daß, wenn diese Preisbewegung weiter anhält, die Einfuhr von Getreide freigegeben wird. Damit dürfte der weiteren

Beiztreiber ein Ziel gesetzt werden, da im Auslande Getreide unter dem deutschen Marktpreis einzukaufen ist. Beeinflußt von dem Stande unserer Markt sind die Preise für ausländischen Weizen ebenfalls in die Höhe gegangen. Wir sind heute nicht in der Lage, Weizen unter 1000 Mark pro Tonne in den Handel zu bringen. Da bei noch längere freier Wirtschaft dieser Preis eingehalten wird, der das Doppelte des inländischen Zwangspreises ausmacht, ist sehr fraglich, ob es sich lohnt, das unter dem deutschen Preis zu einkaufen, auch die Preisbewegung über den Weltmarktpreis hinausgeht. Die Herren des Weltmarktpreises sind aber die Herren des Landmarktpreises worden, und die Preisbewegung über den Weltmarktpreis hinausgeht. Die Herren des Landmarktpreises werden ihr reichliches Geld zu machen. Für sie beginnt der große Zug, den sie mit all ihren Mitteln ihrer wüsten Agitation sich sichern. Das Weltmarkt bringt die Kosten.

Sowjetrußland, Polen und Litauen.

D. S. Witomow, als Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtiges, hat Kraslin beauftragt, angesichts der gegenwärtigen Haltung Polens gegen Litauen die britische Regierung zu ersuchen, daß sie eine Warnung an Polen ergohe, da ein ähnliches Vorgehen ein solches sein würde. Witomow stellt dabei mit, ein ähnliches Vorgehen würde auch von der Sowjetregierung geplant und falls der britischen Regierung ebenfalls nahegelegt werden. Es sei sehr erwünscht, daß die eventuellen Vorstellungen der drei Regierungen an ein und demselben Tage erfolgen. Der Konflikt zwischen Sowjetrußland und Polen hat bewirkt, daß die Vertretung der diplomatischen Vertretung mit Julius Wippowicz an der Spitze nach Moskau beschleunigt werden soll. Das polnische Außenministerium hat sich in einer besonderen Note darüber beschwert, daß die Sowjetregierung unter Hinweis auf das Fehlen passender Räumlichkeiten in Moskau die Aufnahme der polnischen Kommission zur Durchführung der Wirtschaftsbestimmungen des Rigaer Vertrages bisher verweigert habe. Die Note fordert, daß die polnische Kommission umgehend in Moskau Aufnahme finden, und drückt die Bereitschaft aus, auch mit wenig geeigneten Räumlichkeiten provisorisch vorlieb zu nehmen.

Die Lohnherabsetzung der englischen Bergarbeiter.

London, 21. Juli. Die Bergarbeiter haben sich gestern bereit erklärt, vom 1. August an einer Lohnherabsetzung von 2 Schilling täglich zuzustimmen.

Streik der Maschinenisten und Geizer der Rhein-Schiffahrt.

Zu dem Streik, der am 14. Juli von den Maschinenisten und Geizern der Rhein-Schiffahrt endgültig beschlossen wurde, geht den p. p. N. aus Mannheim folgende Darstellung zu:

Am Donnerstag, den 14. Juli, trat in Mannheim eine außerordentliche Konferenz von Vertrauensleuten der Maschinenisten und Geizer (Rhein-Schiffahrt) unter Mitwirkung von Vertretern des Hauptverbandes der Organisation zusammen. Seit dem 22. Mai d. J. waren vom Zentralverband der Maschinenisten und Geizer Schritte unternommen worden, um die Unternehmer der Rhein-Schiffahrt zu veranlassen, den berechtigten Forderungen der Maschinenisten und Geizer nachzugehen. Die Maschinenisten und Geizer forderten vollkommene Sonntagsruhe, Bezahlung der täglich zu leistenden Mehrarbeit für Auf- und Abstoßen der Feuer und unter Würdigung der besonderen schweren körperlichen Arbeit dieser Arbeitergruppe eine entsprechende Lohnerhöhung. Die Unternehmer lehnten diese durchaus berechtigten Forderungen glatt ab.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen beschlossen darauf, daß die Maschinenisten und Geizer der Rhein-Schiffahrt die täglich zu leistende Mehrarbeit für Auf- und Abstoßen der Feuer innerhalb der festgelegten 12 stündigen Jahrszeit verrichteten, wodurch die Jahrszeit eine Verkürzung von täglich zwei Stunden erfährt. Ferner die Durchführung vollkommener Sonntagsruhe. Diese Kampfmaßnahmen, zu denen sich die Maschinenisten und Geizer gezwungen sahen, weil ein direkter Kampf nach den bestehenden Bestimmungen der Rheinlandkommission schwer möglich ist, wurden am 22. Mai auf dem ganzen Rheinstrom ausgenommen. Die Unternehmer der Rhein-Schiffahrt schritten daraufhin zu Ausparierungen und setzten sich damit in Widerspruch zu den Verordnungen der Rheinlandkommission. Weil die Gänder jedoch aus den Reihen der Unternehmer waren, hat man nichts davon gehört, daß die Rheinlandkommission eingeschritten wäre.

Am 18. und 19. Juni trat in Berlin unter Vorsitz des Reichsarbeitsministeriums ein Schiedsgericht zusammen. Das Schiedsgericht entschied, daß die streikenden Parteien den alten Lohn- und Arbeitsvertrag bis zum 30. September d. J. anerkennen sollten. Der Arbeitgeberverband der Rhein-Schiffahrt, ebenso der Transportarbeiterverband erkannten für ihre Mitglieder den Schiedspruch an. Der Zentralverband der Maschinenisten und Geizer lehnte den Schiedspruch ab. Daraus warfen die Unternehmer noch einen größeren Teil von Maschinenisten und Geizern aus dem Betrieb.

Zu dieser Lage nahmen erneut Mitgliederversammlungen in der Zeit vom 8. bis 14. Juli an allen Stationen des Rheins Stellung. Es war möglich, von dem gesamten fahrtenmäßigen Personal 824 Anträge in den Versammlungen zu erfassen. Die Abstimmung ergab, daß 608 Stimmen dafür abgegeben wurden, die Gewaltmaßnahmen der Unternehmer mit sofortigem Streik zu beantworten, und 131 Stimmen, welche gegen die Aufnahme des Streiks sich erklärten. Damit war der Kampf beschlossen. Die Konferenz der Vertrauensleute am 14. Juli in Mannheim trat den Entscheidungen der Versammlungen bei. Nun gilt es, die Forderungen der Maschinenisten und Geizer durch den Streik zur Anerkennung zu bringen. Der Kampf geht um: 1. Einstellung aller entfallenden Löhne. 2. Auszahlung der zu unrecht abgezogenen Lohnbeiträge. 3. Erhöhung der Wochenlohn um 36.— Mk. für Maschinenisten und Geizer, als Abgeltung für die besonders leistungsvollen Maschinenpersonalis zu leistende schwere körperliche Arbeit und für die Mehrarbeit des Auf- und Abstoßens der Feuer. 4. Die geforderte Erhöhung der Wochenlohn um 36.— Mk. versteht sich auf Auszahlung vom 1. April 1921.

Der Kampf um diese Mindestforderungen wird schwer werden, weil nicht nur der Widerstand der Unternehmer zu brechen ist, sondern auch den Gewaltmaßnahmen der Arbeiter der Bezahlung der Ruhepausen begegnet werden muß. Die Gewalt hat an verschiedenen Stationen des Rheins bereits eingesetzt. Die Maschinenisten und Geizer der Rhein-Schiffahrt sollen mit Gewalt gezwungen werden, die Arbeit wieder aufzunehmen. Sie werden sich der Gewalt nicht beugen, sondern sind gewillt, mit aller Energie diesen (schweren Kampf) zu einem glücklichen Ende zu führen.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 170

Sonnabend, den 28. Juli 1921

12. Jahrgang

Danziger Nachrichten.

Ungeheuerliche Mietsteigerungen.

Der Senat. Abt. Städt. Einigungsamt, ließ Erde Juni folgende Notiz durch alle Danziger Zeitungen gehen:

„Die Notiz in den Danziger Tageszeitungen vom 23. Juni 1921, betr. ‚Die Höchstgrenze für Mietsteigerungen‘ wird dahin berichtigt, daß Kündigungen zum Zwecke der Mietsteigerung zum 1. 10. 21 noch vor dem 1. 7. 21 von Seiten des Hausbesizers den Mietern gegenüber ausgesprochen werden müssen. Ferner müssen die Kündigungsanträge zum Zwecke der Mietsteigerung noch vor dem 1. 7. 21 von dem Hauswirt dem Einigungsamt eingereicht werden. Eine vorherige Genehmigung zur Kündigung der Mieter zum Zwecke der Mietsteigerung seitens des Einigungsamtes ist nicht erforderlich.“

Daraufhin haben fast alle Hauswirte ihren Mietern die Kündigung ins Haus geschickt. Beim Mieteseinigungsamt laufen nun täglich Anträge auf Mietsteigerungen ein, die zum Teil genehmigt wurden, trotzdem zu den Steigerungen die Zustimmung des Mieteseinigungsamtes vor dem 1. Juli nicht vorgelegen hat.

Diese Steigerungen sind ungeheuerlich.

Nur solche Kündigungen und Steigerungen sind rechtmäßig, die die Zustimmung vor dem 1. Juli erhalten haben. Alle später ergangenen Entscheidungen und Zustimmungen berechtigen den Hauswirt erst nach Ablauf des nächsten Kündigungsstermins, das ist der 1. April oder 1. Oktober 1922 in Anwendung zu bringen.

Eine klare Entscheidung hat das Amtsgericht in Königsberg gefällt. Es klagte ein Hauswirt auf Mietsteigerung. Die Entscheidung des Mieteseinigungsamtes ist nach dem Kündigungsstermin (1. Juli 1920) gefällt. Der Hausbesitzer wurde deshalb mit seiner Forderung, die Mietsteigerung am 1. 10. 20 in Kraft treten zu lassen, kostenpflichtig abgewiesen. Das Gericht sagt in seiner Begründung:

„Das Gericht hält den Klageanspruch, dessen Gegenstand die vom Mieteseinigungsamt mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 festgesetzten Zuschläge zu den Mietzinsen des Beklagten bilden, nicht für begründet, weil die Beschlüsse des Mieteseinigungsamtes vom 12. Oktober 1920 in sofern der Rechtsgültigkeit entbehren, als sie verspätet, d. h. nach dem am 1. Juli 1920 erfolgten Ablauf der Kündigungsfrist ergangen sind. Es ist nach Maßgabe der vorhandenen Vorchriften anerkanntes Recht, daß der Vermieter, der kündigt, die vorherige Genehmigung des Mieteseinigungsamtes einholen, und daß die mit dieser Genehmigung versichene Kündigung den Mietern vor Ablauf der Kündigungsfrist zugehen muß; ist dies nicht geschehen, so ist die Kündigung rechtswirksam. Derselbe Grundsatz muß im Falle gelten, wo das Mieteseinigungsamt zwar die Kündigung versagt, aber den Mietvertrag abändert, insbesondere den Mietzins erhöht. Denn, sofern eine rechtmäßige Kündigung nicht erfolgt ist, bleibt der alte Vertrag mit allen seinen Bestimmungen in Kraft, und läuft weiter bis zu einer erneuten rechtswirksamen Kün-

digung. Kunmehr kann auch das Mieteseinigungsamt keine Änderungen an ihm vornehmen, weil es in laufende Verträge nicht eingreifen darf.

Die in den Beschlüssen vertretene abweichende Ansicht des Mieteseinigungsamtes erscheint irrig. Die Mieterbeschwerde vom 28. September 1919, auf die das Einigungsamt seine Ansicht gründet, setzt nur die Befugnisse des Mieteseinigungsamtes fest, Mietverträge abzuändern, insbesondere den Mietzins zu erhöhen, wenn es die Kündigung nicht genehmigen will. Ueber den Zeitpunkt aber, in dem die Beschlüsse zu fassen sind, besagt das Gesetz nichts. Diese Frage ist von rein rechtlichem Standpunkte aus zu beurteilen. Daß die geschäftliche Ueberlastung der Mieteseinigungsämter und die angeblich von ihnen stets allgemein gepflogene Übung, solche Beschlüsse erst nach Ablauf der Kündigungsfrist zu erlassen, jeder rechtlichen Bedeutung entbehrt, bedarf keiner Ausführung. Auch der Hinweis, daß den Vermietern, wenn man der hier vertretenen Auffassung folgte, ihr Recht auf Steigerung verweigert würde, ist verfehlt. Gewiß will das Gesetz auch die Interessen der Vermieter berücksichtigen: in erster Linie aber ist es, was schon der Name Mieterbeschwerde besagt, zum Schutze der Mieter ergangen. Die Mieter müssen bei Ablauf der Kündigungsfrist zweifelsohne wissen, woran sie sind, oder ob und unter welchen Umständen sie wohnen bleiben können.

Es wird sicher eine nicht geringe Anzahl von Mietern geben, die aus wirtschaftlichen Gründen eine stark erhöhte Miete nicht zahlen können, und diese Mieter werden auch durch einen solchen Beschluß des Mieteseinigungsamtes ebenso schwer getroffen, als wenn das Amt die Kündigung genehmigt. Die Entscheidungen des Mieteseinigungsamtes sind zwar unaufsehbar, das überhebt jedoch das Gericht nicht der Pflicht der Nachprüfung, ob die Entscheidungen im Rahmen der den Ämtern beigelegten gesetzlichen Befugnisse ergangen sind. Sind die Beschlüsse des Mieteseinigungsamtes vom 12. Oktober 1920 bereits aus dem erwähnten materiellen Grunde rechtmäßig, so kann die Frage unerörtert bleiben, ob sie auch noch wegen der von den Beklagten behaupteten formalen Verstöße gegen das Verfahren des Rechtsgültigkeitserlangens.

Königsberg, den 23. Dezember 1920. gez. Unterschrift.“

Da Königsberger Landgericht hat dieses Urteil unter dem 20. März 1921 bestätigt.

Wenn der Hauseigentümer also einen Mieter, der z. B. von Oktober bis Oktober also Jahresvertrag mit vierteljährlicher Kündigung bei ihm wohnt, zum Zwecke der Mietsteigerung kündigen will, muß er schon vor dem 1. Juli die Genehmigung vom Mieteseinigungsamt haben. Es ist unzulässig, daß der Hauseigentümer am 1. Juli kündigt und das Mieteseinigungsamt erst nach dem 1. Juli eine Erhöhung der Miete genehmigt. Wo dieses geschieht, ist die Entscheidung des Mieteseinigungsamtes nach den Urteilen des Gerichts unzulässig. Der Mieter ist nicht verpflichtet die erhöhte Miete zu bezahlen.

Wir machen unsere Leser darauf aufmerksam unter keinen Umständen Mieterhöhungen zu bewilligen. Wo sie von Seiten des Mieteseinigungsamtes nach dem 1. Juli zur

Zahlung höherer Mieten verurteilt sind, die höheren Mieten nicht zu bezahlen, sondern es auf eine Klage vor dem Amtsgericht ankommen zu lassen. In Danzig gelten in dieser Hinsicht dieselben gesetzlichen Bestimmungen wie in Deutschland, so daß das Königsberger Urteil auch für Danzig maßgebend ist.

Die Bekämpfung des Mädchen- und Kinder-Handels.

Auf Anregung hiesiger Frauenverbände hat sich im März d. J. das Danziger Komitee zur Bekämpfung des Mädchen- und Kinderhandels konstituiert. Man war sich von vornherein klar, daß jede erfolgreiche Tätigkeit ohne Verbindung mit gleichartigen Organisationen ohne Anknüpfung an das Weltnetz illusorisch, jede Verfolgung eines Verdrängten, allein auf sich angewiesen, ein Schlag ins Wasser wäre.

Von mehreren Seiten war dem Komitee bekannt worden, daß Ende Juni d. J. auf Anregung des Londoner Central-Komitees (weiterhin Mich. Baker) durch den Völkerverbund in Genf ein Kongreß aller Nationen zum Wiederaufbau und zum erneuten Zusammenschluß aller gleichartigen Bestrebungen einberufen worden sei. Man hatte in richtiger Erkenntnis auch die nicht in der Welt befindlichen Völkerverbund vertretenen Nationen, so u. a. auch Deutschland, eingeladen, indes an Danzig zunächst nicht gedacht. Erst durch die Anregung der polnischen Delegation beim Völkerverbund wurde der Senat der freien Stadt Danzig eingeladen, sich durch einen Sachverständigen bei dem Internationalen Kongreß vertreten zu lassen. Seitens der Danziger Regierung wurde das Vorstandsmitglied des Komitees Dr. zum Busch abgeordnet, der mit dem nötigen Vollmachten versehen, noch rechtzeitig in Genf eintreffen konnte.

Hier war der Danziger Delegierte, der Danzig-polnischen Konvention gemäß, Mitglied der polnischen Delegation, die durch Professor Alenarz und Begonator Perlowicki geführt wird, in seinen Anregungen und Entschliessungen durchwegs frei und uneingeschränkt. Das erwies sich insbesondere bei der recht temperaturreichen Debatte hinsichtlich der Schließung der öffentlichen Säulen, welche in der Plenarsitzung vom 2. Juli vom Danziger Delegierten mit Unterstützung des deutschen Vertreters des Staatssekretärs Dr. Sewald als Antrag eingebracht wurde. Die Kündigungen von „Schwarzen Listen“, Auflöserung gefährdeter Jugendlicher zu ähnlichen Organisationen oder Vertrauenspersonen jenseits des Ozeans wurden den betreffenden Ausschüssen als Antrag Danzigs überwiesen.

Die im Februar d. J. vom Generalsekretariat des Völkerverbundes allen interessierten Völkern zugesandten Fragebogen geben den Debatte eine schätzenswerte Unterlage. Als Ausgangspunkt und Basis zum Weiterbau dienen der Konferenz die Konventionen von 1904 und 1910, die auch von Deutschland seither ratifiziert worden waren und demnach auch für Danzig in Geltung sind. Einen sehr interessanten Beitrag zur Frage des Kinderhandels leistete in einer der Kommissionssitzungen die unzulässige Vertreterin Panarens, Fel. Buchner, die seit langen Jahren sich besonders mit dieser Frage beschäftigt.

In den Verhandlungen nahmen die Vertreter von Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Kanada, China, Chile, Ecuador, Griechenland, Bulgarien, Japan, Paraguay, Uruguay, Mexiko, Panama, Albanien, Siam, Tschechoslowakei, Holland teil und hoffentlich, daß die Beratungen die Bekämpfung des schändlichen Gewerbes des Mädchen- und Kinderhandels erheblich fördern werden.



Röhmscher

ist rein und gekachelt und erfreut sich wegen seines Wohlgeschmackes eines regen Zuspruchs



B. Schmidt Nachf. DANZIG

Tabak-Fabrik Fabrik-Niederlage Danzig-Schlidig Röhml 18 Telef.: „Notamt 5527“ Karthäuserstr. 113 Telef. 2747



„König Kohle.“

Roman von Upton Sinclair.

43) (Fortsetzung.)
Natürlich lag Hal, das Geld lag noch begraben in Ediths Schutts; doch hatte Hal vor, es dem alten Bergmann zu schicken und inzwischen wollte er Cotton von der Spur abbringen.
„Ein geschickter Kniff, junger Mann!“ — sagte der Berghauptmann. — „Doch werden Sie ihn noch bereuen, bevor Sie mit der Sache fertig sind; außerdem bestärkt es meinen Entschluß, Sie irgendwo unterzubringen, wo Sie uns nicht mehr schaden können.“
„Sie meinen im Gefängnis? Aber die Sache wird doch vor ein Geschworenengericht kommen; tanzten auch die Geschworenen alle nach Ihrer Pfeife?“
„Man sagt, Sie hätten für die politischen Zustände in Pedro reges Interesse gezeigt; haben Sie nicht unser Geschworenensystem ebenfalls studiert?“
„Nein, soweit kam ich nicht.“
„Von neuem blies der Berghauptmann Rauchringe in die Luft. „Nun, auf unserer Geschworenenliste stehen etwa dreihundert Leute, die wir alle gut kennen. Sie dürfen sich im Gerichtsaal Jule Pedrovich als Vorsitzenden gegenüber finden, ferner als Geschworene: drei Warenhausangestellte, zwei von Rahmonds Schaumwirts, einen Farmer, auf dessen Besitz eine Hypothek der Gesellschaft lastet und fünf Mexikaner, die von der ganzen Sache kein Wort verstehen, jedoch bereit sind, für ein Glas Whisky Ihnen ein Wort zu sagen.“
„Man sagt, Sie hätten für die politischen Zustände in Pedro reges Interesse gezeigt; haben Sie nicht unser Geschworenensystem ebenfalls studiert?“
„Nein, soweit kam ich nicht.“
„Von neuem blies der Berghauptmann Rauchringe in die Luft. „Nun, auf unserer Geschworenenliste stehen etwa dreihundert Leute, die wir alle gut kennen. Sie dürfen sich im Gerichtsaal Jule Pedrovich als Vorsitzenden gegenüber finden, ferner als Geschworene: drei Warenhausangestellte, zwei von Rahmonds Schaumwirts, einen Farmer, auf dessen Besitz eine Hypothek der Gesellschaft lastet und fünf Mexikaner, die von der ganzen Sache kein Wort verstehen, jedoch bereit sind, für ein Glas Whisky Ihnen ein Wort zu sagen.“
„Ja“ — sagte Hal — „ich habe bereits von ‚Rahmonds Reich‘ gehört. — nun interessiert es mich, die Maschinerie kennen zu lernen. Sie sind übrigens recht aufrichtig.“
„Ich möchte“ — erwiderte der Berghauptmann, — „daß Ihnen klar wird, wogegen Sie sich widersetzen. Wir haben den Kampf nicht begonnen und sind auch gerne bereit, ihn im Guten zu beenden. Wir möchten doch, daß Sie den uns zugefügten Schaden wieder gut machen.“

„Unter gut machen“ verstehen Sie, daß ich mich der Schande ausliefern, den Deuten erklären soll, ich sei ein Verdröter?“
„Ja“ — sagte der Berghauptmann.
„Ich glaube, das muß ich fühlend überlegen“ — meinte Hal. Er zog einen Stuhl heran, ließ sich nieder, streckte die Beine weit von sich und räkelte sich bequem. „Die Bank dort oben ist furchtbar hart“ — sagte er und lächelte den Berghauptmann spöttlich an.
Als dann das Gespräch fortgesetzt wurde, geschah dies in einem ganz anderen Ton. „Cotton“ — meinte der Gefangene — „ich bemerke, daß Sie ein gebildeter Mensch sind. Ich glaube fast, Sie waren einmal, was die Welt einen Gentleman nennt.“
Das Blut schoß dem Berghauptmann ins Gesicht. „Behen Sie zum Teufel!“
„Ich habe gar nicht vor, an Sie Fragen zu richten“ — fuhr Hal fort. — „kann mir denken, daß Ihnen die Verantwortung peinlich wäre. Ich meine bloß, daß Sie, als Gentleman, einige Seiten dieser Sache verstehen können, die einem Skabenhändler wie Stone oder einem ‚Experten‘ wie Seydewitz entgehen.“ Ein Gentleman vermag einen anderen sogar unter der Verkleidung eines Grubenarbeiters zu erkennen. Habe ich recht?“
Hal wartete auf eine Antwort und der Berghauptmann warf ihm einen lauernden Blick zu: „Wahrscheinlich.“
„Nun Cotton“ — begann der Gefangene von neuem. — „Sie haben mir eben die Gerichtsverhandlung ausgemalt. Lassen Sie mich die Sache fortsetzen; da haben Sie nun die von Ihnen erhobene Klage, auf den Wanken Ihrer ausgewählten Geschworenen, auf den Richterlich Ihre ausgewählten Richter; Ihr auswählter Staatsanwalt führt die Sache zu Ende; schon ist es Ihnen gestattet, Ihre Opfer, als warmendes Beispiel für die anderen Arbeiter, ins Gefängnis zu werfen. Wie aber, wenn sich nun am Höhepunkt plötzlich herausstellt, daß Ihr Opfer eine Persönlichkeit ist, die gar nicht eingekerkert werden kann?“
„Nicht eingekerkert werden kann?“ — wiederholte der andere in gedankvollem Ton. — „Das müssen Sie näher erklären.“
„Ist das bei einem Manne Ihrer Intelligenz wirklich notwendig? Wissen Sie denn nicht, Cotton, daß es Leute gibt, die Sie nicht ins Gefängnis werfen können?“

Einen Augenblick suchte der Berghauptmann schweigend, dann: „Es gibt solche im Departement, doch glaube ich sie alle zu kennen.“
„Und ist es Ihnen nie eingefallen, daß es auch im Staate solche gibt?“
Tiefe Stille folgte diesen Worten, die beiden Männer blickten einander scharf ins Gesicht, je länger sie schauten, desto klarer sah Hal in des anderen Augen Zweifel und Unsicherheit aufblitzen.
„Denken Sie nur, wie peinlich es für Sie wäre“ — fuhr der junge Mann fort. — „Sie haben Ihr Drama sein inszeniert — so wie neulich abends — bloß die Bühne ist größer, das Publikum wichtiger; dann beim ‚Denouement‘ erkennen Sie jählings, daß Sie sich nicht vor den Arbeitern des Nord-Lates gerechtfertigt, sondern sich vor dem ganzen Publikum des Staates ins Unrecht gesetzt haben, daß Sie sich vor der ganzen öffentlichen Meinung als Geschwörer — ja ärger noch, als Lügner und Vandalen blühgefällt haben.“
Zweimal blickte ihn der Berghauptmann so lange an, daß die Hitze ausging, Derweilen räkelte sich Hal bequämlich in seinem Stuhl und lächelte selbst. Dem Berghauptmann war, als würde vor seinen Augen eine Verwandlung stattfinden; die Bergmannsleiden stießen von Hal ab, er sah ihn elegant, im Frack vor sich.
„Wer zum Teufel sind Sie denn?“ — sagte er auf.
„Nun“ — lächelte Hal. — „Sie prüft, ja eben mit Ihrem vorzüglichsten Geheimdienst; lassen Sie die Angelegenheit dieses Problems erforschen; ein junger Mann, über einundzwanzig Jahre Größe fünf Fuß, zehn Spannen, Gewicht hundertundzwanzig Pfund, braune Augen, kastanienfarbenes Haar (ein wenig gewellt), gewinnende Art, ein Liebhaber der Damen, — wenigstens behaupten dies die ‚Gesellschaftsberichte‘ — seit Anfang Juli verschollen — man glaubt, er jage in Mexiko auf Bergziegen.“ Wie Sie ja wissen, Cotton, gibt es in diesem Staate eine einzige Stadt, die sich ‚Freie Gesellschaft‘ rühmt, außerdem sind in dieser Stadt bloß fünfundzwanzig bis dreißig Familien, die etwas Bedeutendes für einen Geheimdienst, wie es der der Allgemeinen Beheerungsgesellschaft ist, muß das doch ein Kinderpiel sein!“
(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Freistaatbezirk.

Danziger Schulpflicht. Herzliche Untersuchung sämtlicher Schulpflichtiger Kinder. Laut Beschluß des Kreisrates Danziger Höhe soll demnächst in sämtlichen Schulen des Kreises der Gesundheitszustand der Kinder eingehend untersucht und die sanitären Einrichtungen (Schul- und Wohnräume, Turn- und Spielplätze, Trinkwasser-Verhältnisse, Klosettanlagen usw.) beschätzt werden. Der Kreis übernimmt die hierzu notwendigen Kosten von 10.000 Mark. Die Leiter der Schulen werden aufgefordert, ein namentliches Verzeichnis sämtlicher Kinder anzufertigen und dem Kreisrat einzuliefern. Die Eltern der Kinder sind zur Bekämpfung einzuwirken. Die wegen Krankheit oder Weisheitswunden vom Schulbesuch auf längere Zeit zurückgebliebenen Kinder sind gleichfalls von den Eltern vorzubereiten. Auch die in der Schulgemeinde wohnenden Halbkinder (1—4 Jahre) und die jugendlichen Krüppel (1—20 Jahre) sind am Befähigungstage von den Gemeindevorstörern vorzubereiten.

Wohlstand. Die brennende Kirche. Nachdem ein Ausbruch in die katholische Kirche zu Wohlstand im letzten Tagen missglückt war, haben es diese am Sonntag nach abend versucht. Die Kirche wurde mit einem Pfeil getroffen, während die Scheiben der inneren Orgel über dem Schloß eingestürzt waren, die dann von innen geöffnet werden war. Die Orgel sowie sämtliche Kirchenstücke wurden zerstört. Aus dem Inneren wurde der Pfeilschlag geräumt. Aus der Kirche ist das Feuer zum Glück nicht auf andere Gebäude übergegangen. Auch die in der Schulgemeinde wohnenden Halbkinder (1—4 Jahre) und die jugendlichen Krüppel (1—20 Jahre) sind am Befähigungstage von den Gemeindevorstörern vorzubereiten.

Sidolmalde. Beim Rückenreiben. Am Montag ist der amangichtige Arbeiter Willi Pöschel aus Sidolmalde beim Rückenreiben während der Fahrt des Ostrunkenen durch Schwimmen erlen konnte. Zu Hilfe ist Misset noch nicht gekommen. Da die Rettung der See zu groß ist. Fast auf derselben Stelle ertrank vor 18 1/2 Jahren der Vater des Willi Pöschel.

angeordnet. Die Erhaltung wirtschaftlicher Vorteile sollten diese Schafe lediglich in vorbestimmtem Ausmaß und unter Anwesenheit der Arbeiter in bestimmten Organisationsstellen der Arbeiter in Betracht kommen. Sofern die Arbeiter sich von bestimmten Organisationsstellen entfernen, ist es ihnen untersagt, die Arbeiter zu unterstützen. Aber die Arbeiter sind selbst schuld daran, daß diese Bestimmungen nicht eingehalten werden. Würden sie sich von den Kommunisten getrennt und politische Vertretung aus den Gewerkschaften übernehmen, würden solche Organisationsgebilde ein Ding der Unmöglichkeit sein.

Kleine Nachrichten.

Aubepidemie in Oberschlesien. In Hindenburg ist eine Tuberkuloseepidemie ausgebrochen. Vom 1. bis 21. Juli wurden politisch 191 Fälle gemeldet, von denen 33 tödlich verliefen.

Ein Dorfmoor in Flammen. Seit zwei Tagen brennt das große Moor nördlich von Githorn. Fertige Torfmassen von bedeutendem Werte sind vernichtet. Mitoyerbrand ist eine große Anzahl wertvoller Torfmächinen. Es ist wenig Aussicht vorhanden, den Brandes Herr zu werden, wenn nicht ergiebiger Regen eintritt.

Explosionskatastrophe in einem Nitrumwerk. Eine furchtbare Explosion zerstörte in Bedie (Rantion Leffin) die Nitrumwerke, sowie die Karbidwerke. Die benachbarten Elektrizitätswerke wurden beschädigt. 20 Tote und 100 Verwundete wurden aus den Trümmern geborgen.

Der Arbeiter durch Blitzschlag getötet. In dem Schwarzmaier Boll wurden die vier 5 bis 12 Jahre alten Kinder eines Maurermeisters, die während eines Gewitters unter einem Kirchturm Schutz suchten, vom Blitz erschlagen.

Keine Erhöhung der Eisenbahnfahrpreise in Deutschland. Gegenüber den in der Öffentlichkeit umlaufenden Gerüchten über eine bevorstehende Tarifserhöhung bei der Eisenbahn wird amtlich festgestellt, daß im Reichsverkehrsministerium eine Erhöhung der Tarife im Personen- und Güterverkehr zurzeit nicht ersehen wird.

Schwedens Kriegsverluste. Das schwedische Handelsministerium stellt fest, daß Schweden während des Weltkriegs 247 Schiffe mit 20.000 Fracht-Tonnen eingebüßt habe. Die Gesamtzahl der schwedischen Tote, die durch Handlungen der Kriegführenden und Kriegergefangenen sind, beläuft sich auf 1180, einschließlich derjenigen, die auf ausländischen Schiffen zugrunde gegangen sind.

Zivilpflicht in Norwegen. Die norwegische Regierung hat einen Gesetzentwurf für wehrpflichtige Zivilarbeiter eingebracht. Danach dürfen Wehrpflichtige, die den Militärdienst verweigern, nicht bestraft werden, so angenommen werden kann, daß die Verweigerung auf religiöser Ueberzeugung oder anderen Gewissensgründen beruht. Diese Personen können anstatt der Militärpflicht einer „Zivilpflicht“. Die Zivilarbeit darf keine Personen zu militärischen Einrichtungen haben und wird unter Aufsicht der Polizei beaufsichtigt werden. Die Forderung soll nach den gleichen Regeln wie für Wehrpflichtige gelten.

Bücherverkäufer.

Kommentar zum Reichsheimstättengesetz von Dr. Beber. Regierungsvertrag im Verlag Friedr. Meyer & Co., Lübeck. Preis 4 Mark. Der Kommentar ist äußerst zeitgemäß. Durch das Reichsheimstättengesetz ist für das Reich, die Länder, Gemeinden und Gemeindevorstände eine moralische Verpflichtung zur Gründung von Heimstätten geschaffen, deren Erfüllung trotz der finanziellen Schwierigkeiten immer mehr in Angriff genommen werden muß und wird. Dieser Kommentar soll allen in Frage kommenden Stellen, Gemeinden, Berichten, Notaren, Grundbuchämtern, Wohlfahrtsämtern, Hauptverordnungsämtern, Architekten, Baugewerkschaften, sowie eine Handbibliothek zur praktischen Handhabung des Gesetzes bieten. Dies, was für viele praktische Handhabung von Bedeutung erschien, ist daher ausführlich behandelt worden. Musterbeispiele dienen dem gleichen Zweck.

Der einzige Weg (Les Trapeur). Roman von Paul Mebour. Der bedeutendste aktuellste Roman unserer Tage, der in Frankreich, trotz vielerlei Schwierigkeiten durch die nationalistiche Presse, ungebrochen aufsehen erregt. Zum ersten Male greift darin ein ex-Altdeutscher, weitbekannter französischer Schriftsteller die Kriegführung Frankreichs und den Schmachvertrag von Versailles in schärfster Form an — legt, auf überwältigendes historisches Material gestützt, Ursachen und Schuld am Weltkrieg in Konungskloster Worte dar — und bezeichnet eine Verbindung zwischen Frankreich und Deutschland als „einzigen Weg“ zur Erlösung Europas. Das in seiner Kühnheit bemerkenswerte Buch gibt ein Spiegelbild des verblödeten phrasenhaften Frankreich und ist zugleich eine ernste Mahnung an die europäischen Völker.

Die angelegten Schriften sind durch unsere Buchhandlung „Volkswacht“ am Spandhaus 6. zu beziehen.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	(Ausgl. 3,90)	3,95	am Vortage	4,00
Dollar:		75 1/2		75 1/4
Engl. Pfund:		275		272
Franz. Franken:		590		588
Schweiz. Franken:		1280		1273

Wasserstandsberichte am 23. Juli 1921.

	heute	gestern	heute	gestern
Ramisch	+0,52	+0,62	Diebitz	+0,09
Markau	+0,83	+0,83	Dirschau	+0,04
Dick	+0,56	+0,56	Erlage	+2,42
Thorn	+0,30	+0,30	Schneewasser	+2,60
Nordon	+0,14	+0,14	Schönau O. P.	+6,66
Culm	+0,08	+0,08	Walzenberg O. P.	+4,56
Brandau	+0,20	+0,20	Neuhofsbüsch	+2,02
Aurabach	+0,87	+0,87	Wolfsdorf	-
Montauerhütte	+0,12	+0,12	Stwach	+1,40

Verantwortlich für Politik Dr. Wilhelm Volze, für den Danziger Nachrichten und die Unterhaltungsbeilage Fritz Weber, beide in Danzig; für die Infotext Bruno Zwert in Elbing. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Aus dem deutschen Osten.

Die gelbe Schutzpflicht bei Schiffsbau. Auch-Proletariat — soj. Wirtschaftliche Besserung der Schiffbau-Industrie im Ostgebiet unter Teilnahme von 100 Fischern ihre erste Generalversammlung ab. Diese lokale Organisation von Fischern verfolgt den Zweck, ihre Mitglieder zu allen wirtschaftlichen Fragen zu beraten, sie zu unterstützen und ihre Interessen auch den Behörden gegenüber und bei Gerichten und gemeinlichen Einrichtungen zu vertreten und zu vertreten und will außerdem, die Forderungen: Arbeitserleichterung und Beschäftigung unter den Arbeitern der Fabrik durch Parteigruppen, Beförderung und Unterhaltungspflegen. Das wird unsicher dann bestehen, ihnen den Vorteil fundamenter Arbeiterarbeit einzubringen. Der Wunsch ist, auch Arbeit neben und ein oder mehrere Jahre vor dem Kapitalismus zu Akteure der Gewalt über ihn hat. Die Vereinigung nennt sich parteipolitisch und parteilos neutral und ist beide letzten Güter nicht weiter als ein billiges Geldmittel der deutschen nationalen Volkswirtschaft. Aufnahmefähig sind, daß in der springende Punkt, nur Arbeiter der Schiffbauwerke, die keiner Parteipolitik und keiner sozialistischen oder kommunistischen Partei angehören.

Amliche Bekanntmachungen.

Hierdurch werden die Marken 43, 44 und 45 der neuen Brennstoffkarten H. B. U. und die Marke I der Brennstoffkarte D für die Heizperiode 1921/22 zur Bekanntheit mit Kohlen bezw. Briquettes, soweit es die Vorräte der Händler ermöglichen oder einer gleichen Menge Kohle von der Quantität aufgerufen.

Die alten Brennstoffkarten verlieren mit dem heutigen Tage ihre Gültigkeit und empfiehlt es sich, die Anmeldung zur neuen Markenliste vorzunehmen. Wohnungsinhaber, die bis jetzt noch keine Kohlenkarte erhalten haben, können solche im Brennstoffamt, Alt-Berliner-Kaserne, Hohe Seigen in Empfang nehmen. Die Gewerkekarten kommen im nächsten Monat zur Herausgabe.

Danzig, den 21. Juli 1921.
Brennstoffamt für die Freie Stadt Danzig.

Stadttheater Zoppot.

Donnerstag, den 28. Juli, abends 7 1/2 Uhr:
Larissa Galina — Altistin
Mitglied der ehemaligen königlichen Kapelle in Berlin und der Stadtkapelle in Odessa.
Klavierbegleitung von Frau Betty Bremer-Rothstein
Marguerite Yolles — Pianistin
Konzert-Pianistin (16 Jahre alt) vom Moskauer Konservatorium.
Beethoven, Saint-Saens, Chopin, Wagner, Strauß, Liszt, Schumann, Brahms, Wolf, Ulinski, Tschalkowsky, Rachmaninow. (4717)
Vorverkauf an der Kasse des Stadttheaters Zoppot.

Künstlerspiele

Danziger Hof
Direkt: Alex Braune Kunstl. Leitung: Georg Tucher
Ossi und Redl Geschwist.Piedel
Das mondäne Tanzpaar Equilibristen
Georg Tucher Humorist
Julii Georg Hertel exzent.Humorist
Charly u. Arnes spiele
Käthe und Niki, Apachenmähre
Annie Wilkens-Schulhoff
Sibirisches Männer-Gesangs-Quintett (Wassilioff Prof. Emeljanoff)
KUENSTLERDIELE
Die Original Wiener Schrammeln Stimmung I (4661)

Linden-Restaurant und Café

Altstadt, Graben 93 — gegenüber der Markthalle
Tel. 208

Gemüthlicher Familienaufenthalt
Täglich von 6 bis 11 Uhr:
erstklassiges Künstlerkonzert

Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit
Gutgepflegte Biere (4415) Vorname Weinstraße



Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt

Am Sonntag, den 31. Juli, findet im Steppuhn'schen Lokal, Schönl. Karkhäuser Straße, ein

Sommerfest

fest, bestehend aus Konzert, Gesangsvorträgen des Gesangsvereins „Sängertrupp“, turnerischen Vorführungen der „Freien Turnerschaft“ und Vorträgen der Arbeiterjugend. Außerdem Kinderbefähigungen, Polonaise u. dergl. mehr.
Anschließend Tanz.
Beginn nachmittags 3 Uhr.
Eintritt 2 Mark. Tanz 2 Mark extra.
Nur für Parteimitglieder! (4708)

Marineglanz

beste nicht abfärbende Pasta für weiße Schuhe
Schuhputzmittel weiß und farblich
Carl Fuhrmann, 1. Damm 21.

Lichtbild-Theater

III. Damm 3. (4662)
Spielplan vom 23. bis 26. Juli 1921
Wieder nur 4 Tage dieses Prachtprogramms!

Die Prärie-Räuber
oder: Der Schuss im Zwielicht!
Wild-West-Drama in 5 Akten.
Der Mann ohne Nerven!
Detektiv-Film in 4 Akten. (4716)
Melartch Peer Jack Hall, Detektiv.
Der Mann mit den Patenten
Eine lustige Geschichte in 2 Akten.



Fahrräder

prima Gummibereifungen, nur beste Qualität zu den billigsten Tagespreisen.
Großes Lager in Erfass. u. Zubehörsachen
Reparaturen sachgemäß, schnell u. billig.
Danziger Fahrrad-Haus
Röhl & Heidenreich, (4641) Breitengasse 58.

Kinderportwagen

gut erhaltener (+)
zu verkaufen
Breitengasse 116 III.

Bernstein

regalfrei, kaut
F. Schmidt,
Langebrücke an der Kantar:ähre (4458)

Verlangen Sie die

„**Volkstimme**“
in den Gaststätten!

Zeitungsträgerin

die Danziger stellt ein
Expedition Danziger Volkstimme
Am Spandhaus 6.

Robert Ehmman

Altstädtischer Graben 3
neben der Tabakfabrik M. A. Hasso.

Gestreifte Hojen 45
Erfas für Maßarbeit. 95, 85 bis 4613
Herrren-Stoffe
für Anzüge und Paletots 58.
garantiert reine Wolle, 140 cm breit

Bahn-Kranke

werden sofort schonendst behandelt ohne lange Wartezeit. Neue Gebisse, Umarbeitungen, Reparaturen in eiligen Fällen an einem Tage.
Spezialität: Gebisse ohne Platte, Goldbrücken, Kronen usw. in la Gold unter voller Garantie.
Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.
Sprechzeit 8—7, Sonntags 9—12.
Institut für Zahnleidende
Pfefferstadt 71
Telephon 2621. (3346)

Klavier Reparaturen

Flügel
sowie Stimmungen sämtlicher Tastinstrumente werden prompt und sachgemäß zu soliden Preisen ausgeführt

Plano-Fabrik (4641) Telephone 1895
Hansa Fabrik u. Kontor, Langgarten 191

Sämtliche Bände

der
Arbeiter-Gesundheitsbibliothek
wieder vorrätig.
Buchhandlung „Volkswacht“,
Am Spandhaus 6 und Nordblessgasse 22.